

+ 300.-

+ 110.-

+ 7M-5

3003 Bern, den 28. Oktober 1975

A k t e n n o t i z"Morgengabe" für Herrn Botschafter Weitnauer

Anfangs Januar 1975 wird Herr Botschafter Weitnauer sein Amt als Generalsekretär des EPD antreten. Bei dieser Gelegenheit sollen ihm einige Problemkreise nahegebracht werden, die für unseren Dienst von Bedeutung sind.

Die vorliegende Notiz ist kein Entwurf für das Papier, welches in einigen Monaten Herrn Weitnauer unterbreitet werden soll. Es geht hier lediglich darum, mögliche Fragenkreise abzustechen, die in der "Morgengabe" behandelt werden könnten. Auf Grund interner Diskussionen müssen diese Fragenkreise ergänzt, erweitert oder beschränkt werden, so dass die Detailarbeit an der "Morgengabe" zielbewusst organisiert werden kann.

1. Der entwicklungspolitische Hintergrund

Was an der 7. Sondersession der UNO-Generalversammlung besonders deutlich zum Ausdruck gekommen ist, hatte sich schon seit vielen Monaten immer stärker abgezeichnet: Es gibt heute nur noch wenig weltpolitische und weltwirtschaftliche Themen, die in keiner Beziehung zur Entwicklungsproblematik der Dritten Welt stünden. Insbesondere hat sich in New York gezeigt, dass auch komplexe wirtschaftstechnische Fragestellungen der sogenannten Nord-Süd-Beziehungen aus dem politischen Dialog nicht mehr ausgeklammert werden können.

Wie unvermeidlich es heute ist, dass die Entwicklungsprobleme die Grenzen der ihnen einst zugewiesenen wirtschaftlichen und politischen Einzelbereiche überfluten, liess sich auch am gestrafften Massnahmenkatalog ablesen, der den Richtlinien für die Regierungspolitik 1975-1979 zugrunde liegt.



Bei den meisten dort erwähnten Problemen der Aussenwirtschaft handelt es sich um Fragen, die im Rahmen des gegenwärtigen Nord-Süd-Dialogs besprochen werden.

Durch die Rezession sind unsere Verwaltung und öffentliche Meinung vermehrt auf die Zusammenhänge zwischen unserer eigenen Wirtschaft und den erwähnten Weltwirtschaftsproblemen aufmerksam geworden. Innen- und Aussenwirtschaft lassen sich nur noch unter theoretischen Gesichtspunkten trennen. Diesem Umstand trägt zum Beispiel die von Japan in der OECD angeregte Studie Rechnung, welche die Wirtschaftsprobleme der OECD im Hinblick auf die Entwicklungsländer untersuchen soll.

All dies hat schliesslich spürbare innenpolitische Auswirkungen. Die Aufgaben und Entscheidungen des EPD stehen heute - im teilweisen Gegensatz zu früheren Jahrzehnten - stark im Kreuzfeuer der öffentlichen Auseinandersetzung und Kritik. Die Thesen der Republikaner auf der einen, jene der SAFEP oder von EWES auf der andern Seite können als Beispiele prononciertester Stellungnahmen zur Entwicklungspolitik des Bundes gelten. Beide haben in der Auseinandersetzung um das EZ-Gesetz eine beträchtliche Rolle gespielt.

2. Zur Formulierung und Verwirklichung der schweizerischen Entwicklungspolitik innerhalb der Bundesverwaltung

2.1 Problemstellung:

Die Abgrenzung zwischen Problemen der Aussenwirtschaft, der Aussenpolitik, der Binnenwirtschaft und der Innenpolitik ist also schwieriger geworden. Die Entwicklungspolitik muss in diesem Zusammenhang erst recht als übergreifende Disziplin gelten. Ihre Formulierung und Verwirklichung erfordert Kenntnisse und Mitspracherechte auf allen erwähnten Gebieten.

Da dem EPD die Federführung in entwicklungspolitischen Fragen übertragen ist, muss sich unser Personal mit vielen

Problembereichen befassen können, die traditionellerweise anderen Departementen zugewiesen waren. Konkret heisst dies, dass wir in der Lage sein müssen, Urteile über zahlreiche Fragenkomplexe in die Entwicklungspolitik einzubeziehen, ohne dass wir im einzelnen über den notwendigen Sachverstand verfügen, um uns diese Urteile selber zu erarbeiten.

Beispiele dafür sind Handels- und Währungsfragen, sicherheitspolitische Fragen oder die Probleme unserer Berghilfe.

2.2 Folgerungen:

Die Lösung des angedeuteten Problems ist zum einen Teil eine Frage der Führung und des politischen Willens innerhalb der Verwaltung, zum anderen Teil eine Frage der Organisation.

Ähnliche Aufgaben stellen sich bereits seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der europäischen Integration. Mit der Schaffung des Integrationsbüros wurde ein wichtiger Schritt im Sinne einer organisatorischen Verbesserung der Verwaltungsstruktur gemacht.

Bezüglich einer schweizerischen Entwicklungspolitik gilt es heute, ähnliche Überlegungen wie betreffend die europäische Integration anzustellen. Es ist nicht von vorne herein gesagt, dass die gegebene Kompetenz- und Personalaufteilung innerhalb und zwischen den einzelnen Departementen auch weiterhin die richtige ist.

In diesem Zusammenhang sei an den Satz von François Nordmann erinnert, wonach die Kompetenzen im Zusammenhang mit den verschiedenen Entwicklungsfragen unter der eindeutigen Führung des EPD neu geregelt werden müssten. Eine solche Zielsetzung liesse sich vielleicht noch etwas weniger ambitiös und diplomatischer umschreiben. Unbestritten ist aber, dass mit ihr eine Marschrichtung angedeutet ist, die wir in der einen oder anderen Art einschlagen müssen.

3. Die Situation im EPD

3.1 Problemstellung:

Zwar ist die Federführung für die Konzeption der schweizerischen Entwicklungspolitik dem EPD zugewiesen. Man muss aber annehmen, dass z.B. beim EVD über den konkreten Gehalt dieser Federführung eine andere Vorstellung herrscht als in unserem eigenen Departement. Und innerhalb des EPD dürften die Interpretationen ebenfalls recht unterschiedlich sein.

Die Folgerungen des 2. Abschnitts würden in der Bundesverwaltung ohne Zweifel nicht überall Zustimmung finden. Sie würden es auch innerhalb des EPD nicht. Das hängt damit zusammen, dass zwischen unserem Anspruch (unserer Aufgabe) und unseren praktischen Möglichkeiten, die Aufgabe zu erfüllen, eine beträchtliche Kluft liegt.

Wenn wir uns z.B. zum Ziel setzten, alle wichtigen Diskussionen im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs nicht nur mitzuverfolgen, sondern auch im Rahmen der schweizerischen Möglichkeiten mitzugestalten, müssten wir über eine personelle Kontinuität und einen Mitarbeiterstab verfügen, welche die heute als realistisch geltenden Grenzen bei weitem sprengen würden.

Gleichzeitig aber bemühen sich innerhalb des EPD ziemlich viele weitere Leute darum, den internationalen Faden nicht zu verlieren: Zum Beispiel die Stabsgruppe um Herrn Zwahlen oder mehrere Mitarbeiter der Direktion für I.O.

Wir stehen deshalb vor der Frage, ob sich diese verschiedenen Kräfte nicht wirkungsvoller auf ein gemeinsames Ziel ausrichten liessen. Damit wäre das EPD als Ganzheit seiner Aufgabe besser gewachsen, in der Formulierung einer schweizerischen Entwicklungspolitik die Führung zu übernehmen.

3.2 Folgerungen:

Es wäre zu prüfen, ob regelmässige Besprechungen eines festen "Entwicklungspolitik-Stabes" des EPD unter dem Vorsitz des Generalsekretärs neue Kräfte freilegen und eine rationellere Nutzung der vorhandenen ermöglichen würde. Aus einem solchen Anfang könnte sich auf längere Sicht sogar eine noch fester institutionalisierte Lösung ergeben, falls sich dies als wünschbar erweist.

Etlliches wird davon abhängen, wie in der neuen Vollzugsverordnung zum EZ-Gesetz die entwicklungspolitischen Kompetenzen formuliert und verteilt werden. Die Redaktion dieser Verordnung sollte als Anlass dazu benützt werden, die Stellung des EPD innerhalb der Verwaltung und bezüglich die Entwicklungspolitik zu stärken und zu klären.

Dabei könnte auch der TZ-Kommission - u.a. auf dem Umweg einer neuen Konstituierung - eine (innen-)politisch wichtigere Rolle zugewiesen werden.

4. Neue Aufgaben im DftZ

4.1 Problemstellung:

Je komplexer die einzelnen Problemstellungen der Entwicklungszusammenarbeit werden und je kritischer sich die öffentliche Meinung in unserem Land zu unseren Unternehmungen gestaltet, desto höhere Ansprüche müssen an die einzelnen Mitarbeiter im DftZ gestellt werden. Dasselbe gilt von den im Ausland tätigen Mitarbeitern.

Auch die Quantität unserer Arbeit nimmt zu: So drängt es sich angesichts dessen, was im 1. Abschnitt gesagt worden ist, fast notwendigerweise auf, dass unser Dienst zum Beispiel auch

an den sechsmonatigen Berichten des Bundesrates zur Aussenwirtschaft mitarbeitet, dass er intensiver als bisher mit schweizerischen Firmen zusammenarbeitet, Möglichkeiten der Dreieckhilfe prüft oder beim Aufbau einer Investitionsgesellschaft für Entwicklungsländer mitwirkt.

Unsere Kompetenzen würden eigentlich von uns fordern, dass wir auch im DAC die Federführung übernehmen. Dazu - und zu vielen anderen Aufgaben - finden wir aber im Moment ganz einfach die Zeit nicht.

Um das Mass vollzumachen, wird unsere Arbeit auch durch zahlreiche administrative Neuerungen erschwert, die im Zuge eidgenössischer Sparmassnahmen eingeführt worden sind (Finanz- und Personalwesen, Material).

4.2 Folgerungen:

Wir kommen nicht darum herum, uns künftig mutiger gegen administrative Leerläufe, die uns von aussen auferlegt werden, zu wehren.

Innerhalb des Dienstes wird nach Wegen gesucht, das uns zgeteilte administrative Personal zugunsten des operationellen Bestandes zu verringern. Eine wichtige Nebenwirkung könnte damit auch auf dem Gebiet der Kontinuität unseres Mitarbeiterstabes erreicht werden. Im ähnlichen Sinne könnte eine Reduktion des diplomatischen oder konsularischen Personals in unserem Dienst zugunsten spezialisierter Mitarbeiter wirken. Das soll nicht heissen, dass wir nicht auch auf gute diplomatische Mitarbeiter angewiesen wären.

Nicht aufgegeben werden dürfen die Bemühungen, den totalen Personalbestand des Dienstes im Rahmen einer departementsinternen Gesamtlösung zu erhöhen.

Damit mehr (Abklärungs-)Aufträge an aussenstehende Personen

oder Institutionen vergeben werden können, sind bestimmte administrative Voraussetzungen zu schaffen.

Einen Beitrag an die Kontinuität unseres Feldpersonals kann das in Diskussion stehende neue Personalstatut leisten. Es muss möglich werden, gute Mitarbeiter durch attraktive Bedingungen auf lange Frist an unseren Arbeitsbereich zu binden.

5. Die nächsten Schritte

- 5.1 Diskussion, Änderung und Ergänzung der obigen Problemkreise.
- 5.2 Interne Vernehmlassung und Einholen zusätzlicher Ideen bei Mitarbeitern unseres Dienstes.
- 5.3 Diskussion über die Form, in welcher die "Morgengabe" Herrn Weitnauer übergeben werden soll (schriftlich oder im Rahmen eines Gesprächs oder in einer kombinierten Form).
- 5.4 Konsultation allfälliger "zugewandter Oerte" ausserhalb unseres Dienstes (z.B. Nordmann).

(R. Högger)

Geht an: HH, RR, WM, ER, DF, GI.